

Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 30. Sitzung (staatlich)			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag 16. Januar 2019	Sitzungsbeginn 15:05 Uhr	Sitzungsende 16:40 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 28. November 2018
- TOP 3 Bericht zur Umsetzung des DigitalPakts im Land Bremen Vorlage L 172/19
- TOP 4 Verordnung über die Zweijährige Höhere Handelsschule (ZHH) Vorlage L 173/19
(Neufassung der Vorlage L168/19)
- TOP 5 Aufnahme von Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften in das Bremische Ausbildungsgesetz für Lehrämter Vorlage L 174/19
- TOP 6 Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung (AP-V) und der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe (GyO-VO) Vorlage L 175/19
- TOP 7 Verlängerung der Gültigkeit der Ersten Verordnung für unterstützende Pädagogik Vorlage L 176/19
- TOP 8 Fortsetzung des Landesprogramms zur Finanzierung der erforderlichen Schulraumkapazitäten zum Schuljahr 2019/20 (SoPro-Schule II) Vorlage L 177/19
– G 160/19
- TOP 9 Zuwendungsbericht 2017 der Senatorin für Kinder und Bildung Vorlage L 178/19
- Öffentlicher Teil - – G 161/19
- TOP 10 Verschiedenes
- Bericht: Zur Umsetzung des „Bremer Konzepts für Alphabetisierung und Grundbildung“ Bericht L 571/19
- Bericht: Veranstaltungsreihe zu „100 Jahre Räterepublik / Novemberrevolution“ Bericht L 572/19

Bericht: Seiteneinstieg B

Bericht L 573/19

TOP 1 Genehmigung Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Herr Dr. Güldner bittet darum, den vertraulichen Teil für die staatliche und städtische Deputation zwischen den öffentlichen Sitzungen der staatlichen und städtischen Deputation aufzurufen.

Hiergegen bestehen keine Bedenken

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung genehmigt die Tagesordnung nach Maßgabe der vorstehenden Änderung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 28. November 2018

Frau Krümpfer bittet, die ihr unter TOP 5 „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Lande Bremen - (Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 25.04.2018)“ zugeschriebene Äußerung wie folgt zu ändern: „(...) *Frau Krümpfer begrüßt ebenfalls das Konzept, äußerte sich jedoch kritisch zur Westbad-Planung hinsichtlich der geplanten Wasserflächen, die aus ihrer Sicht nicht ausreichend geplant seien. Dies gelte insbesondere hinsichtlich des wachsenden Stadtteils Gröpelingen mit vielen Familien und des Neubaus zwei neuer Grundschulen im Bremer Westen*“.

Frau Vogt bittet, die ihr ebenfalls unter TOP 5 zugeschriebene Äußerung wie folgt zu ändern: „(...) *Frau Vogt bemängelt, dass die Vorlage zu unkonkret sei und äußert ihr Unverständnis, dass die in dem Bericht beschriebene Informationskampagne erst zu Beginn der nächsten Freibad-Saison starten soll*“.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung genehmigt das Protokoll vom 28. November 2018 nach Maßgabe der vorstehenden Änderungen.

TOP 3 Bericht zur Umsetzung des DigitalPakts im Land Bremen

Vorlage L 172/19

Der vorgelegte Bericht wird diskutiert. Dabei werden neben Aspekten der Umsetzung der Bremer Strategie „Digitalisierung in der Schule“ und dem Pilotprojekt an der Oberschule Habenhausen insbesondere die aktuelle Debatte um die Finanzierung des Digitalpaktes durch den Bund und die kontrovers diskutierte Frage der Beteiligung der Länder erörtert. Herr Dr. vom Bruch sieht die Beteiligten bei den mit der Bremer Strategie verfolgten Zielsetzungen nicht weit auseinander, wünscht sich aber beispielsweise eine stärkere Berücksichtigung der beruflichen Bildung. Zur Auseinandersetzung um den Digitalpakt auf Bundesebene appelliert er an das Land Bremen, sich hier nicht als Bremse zu betätigen, sondern auf eine schnelle Umsetzung zu drängen, da das Programm gebraucht werde. Frau Vogt kritisiert die Vorlage als insgesamt zu schwammig, es fehlten insbesondere konkrete Aussagen zur Ausstattung der Schulen und zu der „bring-your-own-device“-Problematik. Herr Dr. Güldner hält die vom Bundestag vorgeschlagene 50:50-Finanzierung für eine für die Bundesländer nicht tragbare Blanko-Option für die Zukunft. Gleichzeitig sei die Einigkeit der Länder bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses ein Hinweis auf ein starkes parteiübergreifendes Klärungsinteresse. Der Personalrat Schulen erkundigt sich nach Planungen zu Fortbildungen und dem Einkauf von digitalem Lernmaterial. Frau Senatorin Dr. Bogedan erklärt, sie hätte der Deputation lieber eine positive Beschlusslage zum Digitalpakt aus dem Bund übermittelt. Der Senat werde sich auf Bundesebene stark dafür einsetzen, dass die Digitalpakt-Mittel schnellstmöglich hier in Bremen ankommen. Gleichwohl werde Bremen jetzt quasi mit der Fiktion arbeiten, dass die Vereinbarung inhaltlich nicht mehr geändert wird. Die Planungen sähen vor, dass alle Schulformen profitierten, dabei sollten zunächst die Oberschulen den Anfang machen und dann die übrigen Schulformen und –Stufen folgen.

Beschluss: einstimmig

Kenntnisnahme

TOP 4 Verordnung über die Zweijährige Höhere Handelsschule Vorlage L 173/19
(ZHH) (Neufassung der Vorlage L168/19)

Der Vorsitzende führt in die Vorlage ein. Herr Dr. vom Bruch verweist darauf, dass die Vorlage im Ausschuss berufliche Bildung ausführlich diskutiert worden sei. Der Personalrat Schulen bedankt sich für die Nachholung der Beteiligung. Die Anmerkung des Personalrates zum Instrument der Ableistung von Teilen eines Praktikums in den Ferien wird eingehender erörtert.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Entwurf der Verordnung über die Zweijährige Höhere Handelsschule gemäß der Anlage 2 zu.

TOP 5 Aufnahme von Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehr- Kräften in das Bremische Ausbildungsgesetz für Lehrämter

Der Gesetzentwurf und die damit ermöglichten Maßnahmen werden intensiv diskutiert. Herr Dr. vom Bruch begrüßt die Klarstellung, dass Voraussetzung in der Regel ein Hochschulabschluss auf Master- oder vergleichbarem Niveau sein soll. Er regt an, über eine Befristung oder eine Evaluierung der gesetzlichen Regelungen nachzudenken, da die Maßnahmen ja im Wesentlichen der aktuellen Personalnot geschuldet seien. Frau Böschen begrüßt die Maßnahmen ausdrücklich und bittet, auch die Bedarfe der beruflichen Schulen zu beachten. Frau Vogt schließt sich an und regt an, bereits im Schuldienst tätige Seiteneinsteiger verpflichtend weiter zu qualifizieren. Herr Frost signalisiert die ausdrückliche Unterstützung für die Maßnahmen, da sie Bremerhaven in der schwierigen Personalsituation sehr helfen. Frau Senatorin Dr. Bogedan hält eine Befristung des Gesetzes nicht für sinnvoll, da noch nicht absehbar sei, wie lange der Fachkräftemangel noch anhalte. Eine Evaluation sei aber zu überlegen. Der Personalrat Schulen erklärt, er sei mit seiner Stellungnahme in der Vorlage falsch zitiert. Es treffe nicht zu, dass er die bundesweit geregelte Lehramtsbefähigung mit mindestens 2 Fächern ablehne und deshalb für Bremen ein 1-Fach-Lehramt fordere. Er halte es vielmehr für wichtig, gleichzeitig die Möglichkeiten zu schaffen, das zweite Fach nachzuqualifizieren. Herr Dr. Güldner schlägt vor, den Beschlussvorschlag um eine Evaluierung bis spätestens 2022 zu erweitern. Der Vorschlag findet die Zustimmung der Deputation.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Lehrerausbildungsgesetzes gemäß Anlage 1 zu und bittet den Senat, eine Evaluierung der Gesetzesmaßnahmen bis spätestens 2022 in seine Beschlussfassung aufzunehmen.

TOP 6 Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung (AP-V) und Vorlage L 175/19 der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe (GyO-VO)

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Aussprache statt.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt die geplanten Änderungen der AP-V (siehe Anlage 1) und der GyO-VO (siehe Anlage 2) zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 7 Verlängerung der Gültigkeit der Ersten Verordnung für unter- Vorlage L 176/19 stützende Pädagogik

Die Vorlage wird diskutiert. Frau Kohlrausch appelliert, sich bei der Betrachtung des LSV-Bereiches verstärkt auch um den Aspekt „Sprache“ zu kümmern, gegenwärtig werde oftmals nur auf „Lernen“ und „Verhalten“ geschaut. Frau Vogt erklärt, es brauche eine Dynamisierung der Ressourcenzuweisung anstatt einer Festschreibung auf 7,2% wie in der Richtlinie. Auf die Frage von Frau Ahrens, wieviel der Unterschied zwischen 7,2% und 7,8% in Euro ausmache, erklärt Frau Senatorin Dr. Bogedan, dies sei von Schuljahr zu Schuljahr verschieden, in diesem Schuljahr habe man zum Beispiel mehr Klassen einrichten müssen. Frau Ahrens bittet, einen Vergleich der Schuljahre 2018/2019 und 2017/2018 nachzureichen. Herrn Dr. vom Bruch zeigt sich irritiert dass in der Richtlinie immer noch die Feststellungsdiagnostik stehe. Hierauf erläutert Frau Senatorin Dr. Bogedan, eine Erkenntnis der Evaluation sei gewesen, dass Bremen noch nicht an dem Punkt sei, wo auf die Feststellungsdiagnostik verzichtet werden könne um die Bedarfe richtig abzubilden. Herr Dr. Güldner bestätigt dies und bekräftigt, dass die Abkehr von der Feststellungsdiagnostik gleichwohl unverändert Zielsetzung sei.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den dargestellten Vorschlag zur Verlängerung der Gültigkeit der Ersten Verordnung für unterstützende Pädagogik zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 8 Fortsetzung des Landesprogramms zur Finanzierung der er- Vorlage L 177/19 forderlichen Schulraumkapazitäten zum Schuljahr 2019/20 – G 160/19 (SoProSchule II)

Die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen und die dafür vorgesehene Finanzierung werden von der Deputation diskutiert. Frau Vogt zeigt sich verärgert, dass einige der hier dargestellten Maßnahmen nicht bereits in der letzten Deputationssitzung vorgestellt worden seien und damit eine mögliche Befassung der Deputation vor dem Beschluss des Senats unterblieben sei. Herr Staatsrat Pietrzok bittet um Entschuldigung, dass ein Mitarbeiter der senatorischen Behörde in dieser Hinsicht in der letzten Sitzung diesbezüglich nicht richtig informiert hat. Herr Dr. vom Bruch kann die Verärgerung nachvollziehen und erklärt, seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da in der Vorlage keine nachvollziehbare Finanzierung aufgezeigt werde. Frau Vogt erklärt, sie werde sich aus diesem Grund ebenfalls enthalten und bittet um

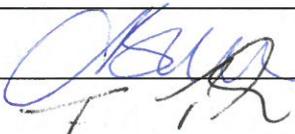
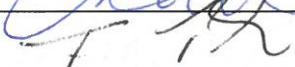
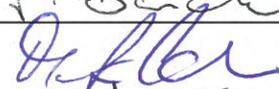
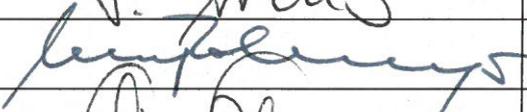
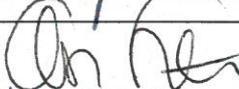
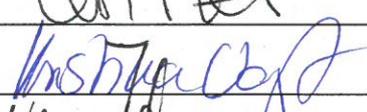
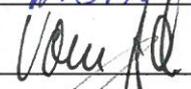
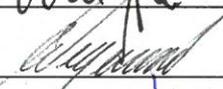
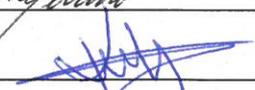
Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

Anwesenheitsliste

Deputation für Kinder und Bildung (staatlich + städtisch)

19. Wahlperiode der Wahlperiode 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16.01.2019	15:05 Uhr	17:45 Uhr	Rembertiring 8-12

Mitglieder der Deputation	Unterschrift *)	Bemerkungen
Senatorin Dr. Claudia Bogedan		
Staatsrat Frank Pietrzok		
Acar, Mehmet Sirri	Mehmet S. Acar	Land
Ahrens, Sandra	S. Ahrens	Stadt
Böschen, Sybille		Land
Güldner, Dr. Matthias		Land/Stadt
Güngör, Mustafa		Land/Stadt
Hanke, Catharina	C. Hanke	Land
Jentschke, Franz	i. V. Mehmet S. Acar	Stadt
Kohlrausch, Julie	Julie Kohrausch	Land/Stadt
Krumpfer, Petra	Petra Krumpfer	Stadt
Peters, Monika i. V. S. Ahrens	S. Ahrens	Land
Rohmeyer, Claas		Stadt
Schnittker, Christine		Land
Vogt, Kristina		Land/Stadt
Vom Bruch, Dr. Thomas		Land/Stadt
Weigelt, Helmut		Stadt
Yildiz, Kabire		Land/Stadt

*) Hinweis: Vertretungsweise Teilnehmer/innen bitte mit i. V. unterschreiben